

# „Einmalige Chance zur Konsolidierung“

Über politische Schwerpunkte der NRW-Kommunen 2014 sprach STÄDTE- UND GEMEINDERAT zum Jahresbeginn mit Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW

**STÄDTE- UND GEMEINDERAT: Herr Dr. Schneider, welche Themen bestimmen 2014 die kommunale Agenda in Nordrhein-Westfalen?**

**Dr. Bernd Jürgen Schneider:** Kommunal Finanzen und Schule - hier vor allem die Inklusion - stehen ganz klar im Mittelpunkt. Was die Finanzen angeht, sind die Ausgangsbedingungen gar nicht so schlecht: Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Steuereinnahmen erreichen Rekordstände. Aber Nordrhein-Westfalen, und vor allem die Kommunen, profitieren nicht im erforderlichen Maße von dem Boom. Die historischen Lasten aus dem Strukturwandel und der nach wie vor ungebremste Anstieg der Soziallasten sind einfach zu groß. Und es droht eine Zweiklassengesellschaft von Städten und Gemeinden, die ihren Bürgern und Bürgerinnen etwas bieten können, und solchen, wo nur noch der Mangel verwaltet wird. Wir müssen aufpassen, dass dabei die kommunale Selbstverwaltung nicht unter die Räder kommt. Denn wo es nichts mehr zu gestalten gibt, will auch niemand mehr die beschwerliche Ratsarbeit machen.

**Wie kann das Ziel Haushaltsanierung flächendeckend erreicht werden?**

**Schneider:** Die bald 25 Mrd. Euro Kassenkredite hängen wie ein riesiger Felsbrocken über den NRW-Kommunen. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, diesen Schuldenberg zu stabilisieren und langsam wieder abzutragen, werden die Städte und Gemeinden davon erdrückt. Hierfür ist ein Bündel von Maßnahmen nötig. Vor allem muss der kommunale Finanzausgleich wieder an den Bedarf angepasst werden. Hier hat es seit den 1980er-Jahren ständig Eingriffe und Kürzungen gegeben. Glücklicherweise ist die unselige Diskussion über die Gewerbesteuer beendet. Es hat sich gezeigt: Es gibt keinen gleichwertigen Ersatz für diese kommunale Einnahmequelle. Dann brauchen wir mittel- und langfristig eine Entlastung bei den Sozialkosten. Hier ist vor allem der Bund in der Verantwortung.

**Welche Rolle kommt dabei dem Stärkungspakt Stadtfinanzen zu?**

**Schneider:** Der Stärkungspakt Stadtfinanzen, der Nothaushaltkommunen bis 2020 zu einem aus eigener Kraft ausgeglichenen Haushalt verhelfen soll, ist gut und richtig. Was nicht dazu passt, ist die 2. Stufe, die zur Hälfte von den Kommunen selbst zu finanzieren ist. Die Auswahlkriterien, wer für die anderen mitzahlen muss, sind mehr als fragwürdig. Und es besteht die reale Gefahr, dass zahlungspflichtige Kommunen durch den Stärkungspakt-Soli selbst in Schieflage geraten. Vielmehr sollte das Land auch die 2. Stufe aus eigenen Mitteln finanzieren.

***Gibt es eine Lösung für den Streitpunkt Inklusionskosten mit dem Land?***

**Schneider:** Hier gibt es derzeit noch einmal intensive Verhandlungen mit den Regierungsfractionen. Die Landesregierung hat schließlich eingesehen, dass es die schulische Inklusion auf einheitlich hohem Niveau nicht zum Nulltarif geben kann. Es muss also eine Berechnung der zusätzlichen Kosten geben, die den Kommunen durch Umsetzung der Inklusion an den regulären Schulen entstehen. Die Landesregierung hat eingesehen, dass sie sich mit ihrer starren Haltung in dieser Frage viele Sympathien verscherzt hat. An einer bürgerfernen, ideologisch verrannten Schulpolitik sind auch schon Landesregierungen gescheitert. Aber wir wollen keinen Streit, wir wollen die beste Bildung und Ausbildung für unsere Kinder.

***Wahl der Räte und Kreistage im Mai - hat die repräsentative Demokratie auf lokaler Ebene eine Zukunft?***

**Schneider:** Die Räte in den Städten und Gemeinden verdienen unsere höchste Anerkennung. Mit immer knapperem Budget müssen sie verantwortlich über immer komplexere Dinge entscheiden. Gleichzeitig wollen die Bürger und Bürgerinnen bei wesentlichen Ratsentscheidungen immer stärker mitreden. Dieser Trend ist im Kern zu begrüßen. Jetzt kommt es darauf an, neue Formen der Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Wir haben in der NRW-Gemeindeordnung bereits den Bürgerentscheid. Dieses Instrument wird gut angenommen, und es gibt den Bürgern und Bürgerinnen die Gewissheit, dass Ratsentscheidungen in gravierenden Fällen auch einmal korrigiert werden können. Jetzt müssen wir die Möglichkeiten, die Internet und soziale Netzwerke bieten, für intensivere Bürgerbeteiligung nutzen. Das Entscheidungsrecht der demokratisch gewählten Vertreter und Vertreterinnen steht aber weiterhin an erster Stelle.

***Klimaschutz versus Kosten - welche Position vertreten Kommunen in der Energiewende?***

**Schneider:** Die Kommunen stehen klar zu ihrer Rolle als Vorreiter, Moderator, Ideengeber der Energiewende. Einige Gemeinden wie beispielsweise Saerbeck im Münsterland haben sich das ehrgeizige Ziel gesteckt, bis 2030 die Energiewirtschaft der Verwaltung kohlendioxidneutral umzubauen. Das heißt, es soll nicht mehr Treibhausgas ausgestoßen werden, als vorher der Atmosphäre entzogen wurde. Dieser Umbau fällt vielen Städten und Kommunen nicht leicht. Obwohl sie kein Geld haben, sollen sie in bessere Energietechnik oder Gebäudesanierung investieren. Hier ist es eine große Hilfe, dass die Regeln für solche Investitionen bei Nothaushaltkommunen gelockert wurden. Gleichzeitig wollen die Städte und Gemeinden die örtliche Energieversorgung wieder selbst in die Hand nehmen. Hier müssen aber noch einige Hürden im Energiewirtschaftsgesetz bezüglich der Konzessionsvergabe beseitigt werden.

***Löchrige Straßen, marode Brücken - wie kann die kommunale***

### ***Infrastruktur auf Dauer erhalten werden?***

**Schneider:** Hier sind die Kommunen klar überfordert. Wir haben ein hochentwickeltes Verkehrsnetz, aber dieses wird auch gebraucht, damit wir unserer Rolle als Transitland und führende Wirtschaftsnation gerecht werden können. Die Zuordnung der Instandhaltungskosten zum Eigentümer - der Bund für die Autobahnen, das Land für die Landesstraßen etc. - ist nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen auf Bundesebene einen Fond, der aus mehreren Quellen gespeist wird. Hierzu könnte die erfolgreiche Lkw-Maut einen stärkeren Beitrag leisten - etwa durch Einbeziehung auch kleinerer Lastwagen und der Bundesstraßen in das Mautsystem. Aus diesem Topf müsste dann das gesamte Verkehrsnetz je nach Bedarf instand gehalten werden - egal wem die Straße oder Brücke gehört. Sonst bekommen wir bald überall Langsamfahrstrecken und Sperrungen. Das können wir uns als hochentwickeltes exportorientiertes Industrieland nicht leisten.

### ***Überalterung, Bevölkerungsrückgang, Armutszuwanderung - was können Kommunen angesichts des demografischen Wandels tun?***

**Schneider:** Demografischen Wandel - also Änderungen in Anzahl und Altersstruktur der Bevölkerung - hat es immer gegeben. Und die Kommunen haben gelernt, sich in ihrer Planung darauf einzustellen. Neu ist allerdings der Trend zum flächendeckenden Bevölkerungsrückgang. Die Folgen für das Gesicht unserer Städte und Gemeinden sind noch nicht klar abzusehen. Vielmehr haben wir vieles gleichzeitig: hie Wachstum, hie Schrumpfung, hie Stagnation - oft in derselben Kommune. Das erfordert flexibles, differenziertes Vorgehen von Politik und Verwaltung. Einige Trends sind bereits in den Kommunen angekommen, etwa das Ziel Barrierefreiheit im öffentlichen Raum oder die stärkere Fokussierung auf ältere Menschen beim Ausbau der Infrastruktur. Aber das Leerlaufen ganzer Ortschaften oder den Abriss ganzer Stadtteile haben wir in Nordrhein-Westfalen nicht zu befürchten.

### ***Tariftreuegesetz oder Landesentwicklungsplan - was bleibt da für die kommunale Selbstverwaltung?***

**Schneider:** Die kommunale Selbstverwaltung ist vielfältigen Angriffen ausgesetzt - nicht nur durch die drastische Finanznot. Wenn durch das Tariftreuegesetz ein immer größerer Verwaltungsaufwand entsteht und sich immer mehr Firmen aus dem Kommunalgeschäft zurückziehen, wird die Handlungsfreiheit der Städte und Kommunen eingeschränkt. Dasselbe droht beim Landesentwicklungsplan. Das Ziel, die Landesplanung stärker an ökologischen Kriterien und am Klimaschutz auszurichten, ist grundsätzlich richtig. Aber dies darf nicht durch planerische Entmündigung der Kommunen verfolgt werden. Man sollte den Sachverstand der Menschen vor Ort nicht geringerschätzen. Überregulierung und Zentralismus führen nicht zu mehr Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit. Kommunale Selbstverwaltung mit ihren vielfältigen Kontrollmechanismen dagegen schon.

***Was haben die NRW-Kommunen von der großen Koalition auf Bundesebene zu erwarten?***

**Schneider:** Die große Koalition ist vollmundig gestartet. Sie will die Kommunen bei der Behindertenhilfe entlasten, was in der Tat seit Jahren erforderlich ist. Nun müssen wir sehr genau aufpassen, dass den Worten auch möglichst schnell Taten folgen. Hier können wir nicht bis 2018 warten, bis ein neues Behindertengesetz verabschiedet worden ist. Denn dann wäre der Betrag von einer Mrd. Euro, der von den geplanten fünf Mrd. Euro Bundesentlastung auf NRW entfallen würde, wegen des jährlichen Anstiegs der Kosten um 200 Mio. Euro verpufft. Es könnte sehr wohl sein, dass der Bundesregierung die derzeit guten Steuereinnahmen zu Kopfe steigen und sie darüber die Konsolidierung des föderalen Finanzierungssystems vergisst. Dabei sollte jedem klar sein: Die Schuldenbremse kommt, und der ausgeglichene Haushalt - auf allen Ebenen - muss wieder der Normalfall werden. Hier werden wir unsere Rolle als Warner und Bremser im positiven Sinne wahrnehmen. Der Bund braucht die starke Stimme der Kommunen. Mittelfristig wird man dies auch institutionell im Regierungssystem berücksichtigen müssen.

*Das Gespräch führte Martin Lehrer  
Redaktionsleiter STÄDTE- UND GEMEINDERAT*